

Stellungnahme zur Tischvorlage Scoping Lithium Zinnwald

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit vielen Jahren machen wir als Familie mit Kindern bereits im Osterzgebirge Urlaub und wohnen dabei üblicherweise in Bärenstein. Durch dortige Freunde haben wir nun erfahren, welche Pläne dem Ort und der Umgebung drohen.

Wie kann es sein, dass die in den letzten Jahrzehnten aufgebauten wirtschaftlichen Errungenschaften hinsichtlich des Tourismus und auch der ökologischen Landwirtschaft in der sehr strukturschwachen Gegend so leichtfertig buchstäblich verschüttet werden sollen? Wir haben über die vielen Jahre gesehen, wie mit Steuergeldern und vor allem viel persönlichem Engagement Wanderwege erschlossen, viele Informationstafeln hinsichtlich der dortigen Tier- und Pflanzenwelt aufgestellt wurden, Renaturierungen stattgefunden haben und die Landschaft tatsächlich gepflegt und nachhaltig bewirtschaftet wird. Nicht umsonst haben sich gerade dort Biobetriebe wie Bauern und Imker niedergelassen, um naturbelassene Produkte zu erzeugen und erfolgreich zu vermarkten. Diese Errungenschaften sollen durch eine Aufbereitungsanlage und eine Deponie grundlegend zerstört werden.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die geplante Aufbereitungsanlage, um einen wirtschaftlichen Betrieb zu gewährleisten, nicht nur 8 Stunden an 5 Tagen in der Woche laufen wird, sondern in mehreren Arbeitsschichten pro Tag und an deutlich mehr Tagen oder sogar rund um die Uhr an allen Tagen des Jahres? Wie soll mit den daraus resultierenden akustischen Belastungen umgegangen werden? Wie wird die Bevölkerung davor geschützt? Wird davon ausgegangen, dass der Lärm keine relevanten Auswirkungen auf den Tourismus hat?

Bei der Aufbereitung wird auch mit Chemikalien umgegangen werden. Wie kann sichergestellt werden, dass diese dauerhaft die Umwelt nicht verseuchen und vergiften, auch bei Starkregenereignissen wie dem im Jahr 2002. Wie kann dieses technisch gewährleistet werden, wenn eine Anlage auf einer Bergkuppe steht und bei jeglichen Schadensereignissen immer auch alle Gebiete unterhalb der Anlage entlang der Bäche und Flüsse einschließlich der Elbe mit betroffen sind? Das künstliche Dämme nicht dauerhaft sicher sind, sondern überlaufen oder brechen können, kann immer mal wieder auf der Welt gesehen werden. Wie kann dauerhaft sichergestellt werden, dass ein möglicher Damm auch Erdbeben standhalten kann, die ggf. durch Sprengungen bei der Gewinnung unter Tage auftreten können?

Es ist geplant eine Deponie mit dem Restgestein mit einer Korngröße von weniger als einem Millimeter Durchmesser auf einer Fläche südlich des Dorfes aufzuschütten. Selbst in der DDR, welche gegenüber der betroffenen Bevölkerung und der Natur nur selten schonend aufgetreten ist, wurde die damalige Deponie

nicht auf einem Berg, sondern in einem Tal vorgesehen und mit Wasser bedeckt. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Umweltgesetze deutlich schärfer geworden sind, dennoch soll eine Deponie auf einem Berg geplant werden. Wie kann sichergestellt werden, dass durch Wind und Wasser die Deponie sich nicht in der Umgebung verteilt? Wird mittels Simulationen das tatsächlich bereits einmal vorhandene Starkregenereignis von 2002 nachgestellt werden, um aufzuzeigen, was mit dem Restgestein auf der Deponie passiert. Wie kann sichergestellt werden, dass nicht Schlammlawinen das Tal, den Ort und alle tieferliegenden Gebiete des Müglitztals in Mitleidenschaft bringen oder ggf. sogar zerstören? Eine Simulation mit üblichen Wetterdatensätzen darf dabei nicht angesetzt werden, mit dem Wissen, welche Wassermassen bereits 2002 vom Himmel fielen, welche Auswirkungen diese hatten und dass, bedingt durch den Klimawandel, in Zukunft mit ggf. noch größeren Wassermassen zu rechnen ist.

Wie wird mit der ansässigen Bevölkerung umgegangen, deren Grundstücke und Häuser erheblich an Wert verlieren werden, durch eine akustische Vermüllung, eine erheblich gesteigerte Belastung durch LKW-Verkehr und eine drohende Gefahr vor Schlammlawinen? Werden Versicherungen diese Häuser noch versichern? Wie erfolgt eine Entschädigung gegenüber denen, die auf naturnahe Landwirtschaft gesetzt haben und auf Tourismus? Wie wird mit Grundstücksbesitzern umgegangen werden, die sich nicht der Neunutzung durch Industrie und Deponie beugen wollen?

Es sollte sehr intensiv geprüft werden, ob nicht eine Aufbereitung der Gesteine bereits unter Tage stattfinden kann und ob nicht auch unter Tage bereits ausreichende Hohlräume zur Verfügung stehen, um Abraum zu lagern, bevor dieser wieder verfüllt wird. Des Weiteren muss sichergestellt werden, dass bereits mit Beginn der Arbeiten ein Treuhandkonto eingerichtet wird, um Schäden aber vor allem den angekündigten Rückbau der Deponie zu finanzieren. Ansonsten ist zu erwarten, dass nach Abbau des Lithiums der dann vorhandene Besitzer lieber insolvent geht, als Kosten für Rückbau und Renaturierung zu tragen. Es darf nicht sein, dass Gewinne in private Taschen fließen und die nachträglichen Kosten durch die Gemeinschaft getragen werden müssen.

Wir bitten um sehr ausführliche, detaillierte, offene Prüfung sämtlicher vorgebrachter Belange, die die Natur und die Bevölkerung sehr nachhaltig schädigen können, wenn die derzeitigen Pläne tatsächlich umgesetzt werden. Dabei geht es nicht gegen den Lithiumabbau, sondern um eine Rohstoffgewinnung, die tatsächlich nachhaltig ist und die Natur und die Bevölkerung nicht in dem geplanten Umfang schädigt. Gerade dieses ist es doch, was immer als Argument für einen Abbau in Deutschland und gegen die Methoden in der Wüste Südamerikas ins Feld geführt wird. Nun sollte dieses auch tatsächlich so geplant und umgesetzt werden.

Familie Helmecke
Brieselang